



Tauziehen um Verschmutzungsrechte Emissionshandel

Als der Begriff Emissionshandel erstmals Eingang in den Sprachgebrauch hielt, waren sich die Experten schon einig, dass in diesem Wort ein Stück Zukunft liegt. Die Marschrichtung wurde Ende 2003 von der EU mit der Emissionshandelsrichtlinie vorgegeben. Nach heftigem (Standort-)bestimmendem Tauziehen zwischen den Ministern Trittin und Clement und Machtwort von Kanzler Schröder wurde Ende März der Nationale Allokationsplan (NAP) mit den Emissionsbudgets der Sektoren der EU-Kommission vorgelegt. Schaut man sich die Ausgangslage vor der Kraftprobe und die Zahlen danach an, darf man trotz vehementer Dementis gespannt sein, welcher Kuhhandel nebenbei noch abgelaufen ist.

In der heftigen Diskussion um die Gestaltung des NAP kam viel zu kurz, dass wir Verbraucher die eigentlichen Emittenten sind. Keiner der Sektoren, ob Energie und Industrie, Gewerbe, Verkehr oder Haushalte entlässt CO₂ zum Spaß in die Atmosphäre, sondern um die Bedürfnisse der Verbraucher zu befriedigen. Und der Verbraucher wird irgendwann die Zeche bezahlen müssen. Da darf er erwarten, dass der NAP nicht kurzfristigen und kurzfristigen Lobbyinteressen geopfert wurde, sondern, dass mit Bedacht die Kosten bei den jeweiligen Sektoren für die erforderliche Effizienzsteigerung ins Kalkül gezogen wurden. Mehr Verantwortung für die nicht am Handel beteiligten Sektoren, deren Emissionsentwicklung fast durch die Bank deutlich zu wünschen übrig lässt, sollte als Chance gesehen werden.

Dass der CO₂-Ausstoß dringend und schnell reduziert werden muss, ist heute wenig umstritten. Im Basisjahr 1990 hat Deutschland mit rund 1014 Millionen t CO₂ energiebedingt (und durch Industrieprozesse) den Treibhauseffekt angefangen. Konzentriert entspräche das einer „Schichtdicke“ von rund 1,5 m/a bezogen auf die Gesamtfläche der Bundesrepublik. Bildlich steht es uns also schon bis zum Hals. Die wirkliche „Höhe“ läge mit einer Pettenkofer-Zahl von 0,1 Vol.-% bei rund 1,5 km, wohlgemerkt pro Jahr. Großzügig abgerundet kommen auf jeden Bundesbürger 10 t CO₂.

Die heute noch fehlenden drei Prozentpunkte aus der 21%igen Reduzierungsverpflichtung scheinen eine größere Herausforderung als die bisherigen, durch Wiedervereinigung und Konjunkturflaute begünstigten, Erfolge zu sein. Nach NAP ist für die Periode 2005 bis 2007 nur eine geringfügige Reduzierung gegenüber dem Dreijahresmittel von 2000 bis 2002 eingeplant. 503 Millionen t CO₂ „stehen“ dann Energie und Industrie zu, 356 Millionen t CO₂ den anderen Sektoren aus Gewerbe, Verkehr und Haushalten. In der Periode 2008 bis 2012 müssen Energie und Industrie durchschnittlich 8 Millionen t CO₂ zusätzlich einsparen, die anderen Sektoren müssen ihre CO₂-Emissionen um 4 Millionen t reduzieren. Die Reaktionen aus Energiewirtschaft und Industrie lassen erwarten, dass dieses leicht erfüllbar ist.

Mit den Randbedingungen eines stetig wachsenden Verkehrsaufkommens und einer erwarteten Konjunkturverbesserung ist von den Sektoren Gewerbe und Verkehr der erforderliche Einsparbeitrag nicht erkennbar – eher das Gegenteil. Auf die Haushalte, im Wesentlichen die Beheizung und Warmwasserbereitung und Klimatisierung der Gebäude, mit im Dreijahresdurchschnitt 2000 bis 2002 fast 122 Millionen t CO₂, kommt damit eine Schlüsselrolle zu. Auch wenn sich etwas tut, beispielsweise mit der Energieeinsparverordnung und dem Energiepass für Bestandsgebäude ab 2006, wird das bei weitem nicht ausreichen. Es wird daher Zeit, dass Verbände und Politik sich zügig Ziele setzen und die notwendigen Maßnahmen initiieren. Diese Baustelle nur mit einer Werkzeugkiste voll Verordnungen, halbfertigen Konzepten und problematischer (Kredit-)Förderung einzurichten, wird nicht zum gewünschten Erfolg führen.

Ihr

 Jochen Vorländer